

ANALYSE KOALITIONSVERTRAG: RISIKEN UND CHANCEN FÜR DEN MITTELSTAND

Vorbemerkung: Schlimmeres verhindert

Die SPD ist mit Forderungen in die Koalitionsverhandlungen gegangen, die eine deutliche Belastung für die Sozialsysteme sowie für Wirtschaft allgemein und insbesondere den Mittelstand bedeutet hätten. Die SPD konnte keine dieser Forderungen ganz oder auch nur überwiegend durchsetzen.

Verhindert wurden von der Union:

- „Vereinigte Staaten von Europa“ bis 2025 mit deutlich mehr Finanztransfers aus Deutschland in die EU,
- Gesundheits-Einheitskasse („Bürgerversicherung“),
- Steuererhöhungen für Mittelstand und obere Einkommensbezieher,
- Solidarrente mit Rentenaufschlägen für langjährig Versicherte,
- Vollständige Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen.

Risiken des Koalitionsvertrags für den Mittelstand

Dennoch enthält der Koalitionsvertrag Risiken und konkrete Belastungen, die sich auf den Mittelstand unmittelbar oder mittelbar negativ auswirken (können).

Am kritischsten sind folgende Punkte:

- Keine klare, schriftlich fixierte Absage an eine Transfer-Union in Europa. Die Verankerung eines Europäischen Währungsfonds (EWF) im Unionsrecht anstelle einer intergouvernementalen Lösung birgt das Risiko, dass die Mittelverwendung nicht mehr von den nationalen Regierungen bzw. Parlamenten begrenzt und gesteuert werden kann. Auch die pauschal angekündigten höheren deutschen Beiträge zum EU-Haushalt, bedeuten ein finanzielles Risiko. In Kombination mit der von der SPD öffentlich geäußerten Interpretation des Koalitionsvertrags und der Vergabe des Bundesfinanzministeriums an die SPD in Kombination mit dem Auswärtigen Amt (Europapolitik), ist damit ein erhebliches Risiko für die deutschen Steuerzahler verbunden.
- Veränderung der Rentenformel mit Festschreibung der Rentenniveaus auf 48 Prozent bis 2025 ohne Finanzierungsvorschlag, Einführung einer beitragsfinanzierten

Mütterrente II und keinerlei Aussagen, wie das Altersvorsorgesystem demografiefest gestaltet werden kann.

- Keine Abflachung des Mittelstandsbauchs im Steuertarif oder einer Verschiebung des Spitzensteuersatzes, Abschaffung des Solidaritätszuschlags nur für den unteren Teil der Einkommensteuerzahler, aber keinerlei Aussagen, bis wann der Solidaritätszuschlag für die restlichen (insbesondere für Mittelständler) abgeschafft werden soll.
- Deutliche Einschränkungen im Arbeitsrecht für Arbeitgeber und nahezu keine Flexibilisierung bei den Arbeitszeiten.
- Kaum marktwirtschaftliche Reformansätze bei der Energiewende, keine Begrenzungsziele für die EEG-Umlage und Erhöhung des Ausbauziels der Erneuerbaren bis 2030 von 50 auf 65 Prozent (bezogen auf Strom), ohne dies mit konkreten Grundlast-, bzw. Speicher- oder Netzsynchronisierungsaufgaben zu verbinden.

Konkrete Verbesserungen und Chancen für den Mittelstand

Trotz der Risiken und Belastungen, die der Koalitionsvertrag für den Mittelstand enthält, konnten in fast allen Arbeitsgruppen und Themenbereichen von den Unionsvertretern auch konkrete Verbesserungen für den Mittelstand durchgesetzt werden oder zumindest Ziele und Vereinbarungen festgeschrieben werden, die Chancen für den Mittelstand enthalten. In der hier aufgeführten Übersicht haben wir uns weitgehend auf die konkreten Vereinbarungen beschränkt und allgemeine Absichtserklärungen und im Regelfall auch reine Prüf- und Evaluationsaufträge weggelassen. Die grün markierten Punkte sind aus unserer Sicht besonders bedeutsam.

• I. Ein neuer Aufbruch für Europa

Zeile	Verbesserungen/Chancen für den Mittelstand
175f	Missbräuchliche Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme unterbinden
180ff	Gerechte Besteuerung großer Konzerne (Google, Amazon etc.) / Verhindern, dass internationale Konzerne verschiedene Staaten in steuerlichen Dingen nicht gegeneinander ausspielen
194ff + 221ff	Klare Absage an Protektionismus/Isolationismus/Nationalismus Offene und faire Handelspolitik

• IV. Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung

Zeile	Verbesserungen/Chancen für den Mittelstand
1141ff	Investitionen in öffentliche Schulen für mehr Ganztagsschul- und Betreuungsangebote, Digitalisierung und berufliche Schulen, Rechtsanspruch für Ganztagsbetreuung an Grundschulen bis 2025: 2 Mrd. €), Digitalausstattung: 3,5 Mrd. € in dieser, weitere 1,5 Mrd. € in der nächsten Legislaturperiode
1259ff	Gebührenfreiheit für Meisterprüfung
1631ff	Flächendeckender Ausbau mit Gigabit-Glasfaser-Netzen bis 2025 (mit Rechtsanspruch ab 2025), Vorrang für unterversorgte, ländliche Regionen: Glasfaser bis zum Haus in jeder Gemeinde. Schulen, Gewerbegebiete u. a. bereits in dieser Legislatur direkt ans Glasfasernetz anbinden: 10-12 Mrd. €. (aus UMTS- und 5G-Lizenzvergaben – bis 2021)

	Klare Absage an weitere Förderung von Telekom-Kupfernetzen.
1677ff	Lückenlose 5G-Versorgung auch im ländlichen Raum durch Änderung der Vergabebedingungen.
1705ff	Kostenloses WLAN in allen öffentlichen Einrichtungen des Bundes sowie in den DB-Zügen und – Stationen.
1849ff	Im ersten Jahr der Unternehmensgründung soll die Bürokratiebelastung auf ein Mindestmaß reduziert werden.
1860ff	Zuschüsse für Existenzgründer, die Eltern sind, für haushaltsnahe Dienstleistungen
1926f	Statistikpflichten sollen reduziert werden
2005ff	Digitales Portal für Bürger und Unternehmen, damit die wichtigsten Verwaltungsdienstleistungen online gehen: 500 Mio. €

● V. Gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe sichern

Zeile	Verbesserungen/Chancen für den Mittelstand
2246ff	Lohnkostenzuschüsse bei Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen: 4 Mrd. Euro
2289f	Finanzielle Anreize für (insbes. digitale) Weiterbildung stärken
2435ff	Abschaffung SoLi für ca. die unteren 90 % der Einkommensteuerzahler ab 2021: 10 Mrd. € Entlastung
2441	Absage an Steuererhöhungen
2441ff	Zusage der dauerhaften Verhinderung der kalten Progression durch regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Inflationsrate
2447ff	Geringere Sozialbeiträge bei Midi-Jobs
2451f	Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 %

● VI. Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen

Zeile	Verbesserungen/Chancen für den Mittelstand
2538ff	Sozialabgaben für Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden unterhalb von 40 Prozent stabilisiert
2680ff	Steuerliche Forschungsförderung, insbesondere für KMU, die bei den Personal- und Auftragskosten für Forschung und Entwicklung ansetzt.
2809ff	Exportfinanzierung bei kleinen Kreditsummen (small tickets) unbürokratischer und passgenauer gestalten
2840ff	Investitionsprogramm „Digitalisierung des Mittelstands“ zur Förderung digitaler Technologien
2849f	Befreiung von der Umsatzsteuervoranmeldung für neu gegründete Unternehmen in den ersten beiden Jahren
2851f	Vereinfachung von Antrags-, Genehmigungs- und Besteuerungsverfahren für Gründer (Ziel: One-Stop-Shop)
2871f+ 2878ff	Reduzierung von Statistikpflichten (Vorschläge bis 2019 durch Bund-Länder-Arbeitsgruppe)
2873ff	Vereinheitlichung von Grenz- und Schwellenwerten in verschiedenen Rechtsbereichen
2884ff	Erhöhung Schwellenwert KMU auf 500 Mitarbeiter auf EU-Ebene, damit mehr Unternehmen von europäischen Berichtspflichten entlastet werden
2891ff	Zentrales einheitliches Digitalportal für Bürger und Unternehmen und Digitalisierung der 100 wichtigsten Verwaltungsdienstleistungen mit Schwerpunkt Steuern und Abgaben, Bilanzierung und Buchführung, Personal, Ausschreibungen und öffentliche Aufträge, Unternehmensübergang und Bauen und Immobilien
2969ff	Fachkräftezuwanderungsgesetz, um leichter qualifizierte internationale Fachkräfte zu gewinnen

2985ff	Prüfen, ob Meisterbrief in Berufen ohne Meisterpflicht eingeführt werden kann
2986ff+ 2994ff	Öffentliche Finanzierung der Meisterprüfung, bzw. Erstattung der Prüfungsgebühr (Meisterbonus) (s.o. Z. 1259)
3150ff	Verpflichtung für Online-Handelsplattformen für Umsatzsteuerbetrug ausländischer Anbieter einzustehen
3286ff	Energie: Novellierung und Vereinfachung des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes
3301ff	Netzentgeltreform, um Kosten verursachergerecht und unter Berücksichtigung der Netzdienlichkeit zu verteilen
3337ff	Weiterentwicklung und Modernisierung der KWK; KWK-Anlagen und Fernwärmeinfrastruktur ausbauen und effizienter machen
3420ff	Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz für bessere und schnellere Verfahren in den Bereichen Verkehr, Infrastruktur, Energie und Wohnen – bei überragend wichtigen Großprojekten Verkürzung Rechtschutz auf 1 Instanz
3441ff	Einsatz der digitalen Planungsmethode BIM bei allen neu zu planenden Verkehrsinfrastrukturprojekten
3497ff	Erhöhte Kaufprämie für Taxen und kleine Nutzfahrzeuge als E-Fahrzeuge
3519ff	Reduzierte Pauschalbesteuerung von 0,5 % bei Elektro- und Hybrid-Dienstfahrzeugen
3537ff	Sonder-Afa für gewerblich genutzte E-Fahrzeuge von 50 % im Jahr

● VII. Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten

Zeile	Verbesserungen/Chancen für den Mittelstand
4292ff	Dialogprozess mit Versicherungswirtschaft, um Standard-Riesterprodukt zu entwickeln
4296ff	Säulenübergreifende Renteninformation unter Aufsicht des Bundes
4304ff	Gründerfreundliche Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen (Gesetzliche Rentenversicherung oder – als Opt.-Out – andere insolvenz sichere Vorsorgearten)
4311f+ 4782ff	Mindestkrankenversicherungsbeiträge für kleine Selbständige werden reduziert von 2.283,75 € auf 1.150 €

● VIII. Zuwanderung steuern – Integration fördern und unterstützen

Zeile	Verbesserungen/ für den Mittelstand
4912ff	Neues Regelwerk zur Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, das bestehende Regelungen zusammenfasst, transparenter macht und – wo nötig – effizienter gestaltet, unter Berücksichtigung des Bedarfs der Volkswirtschaft, der Qualifikation, des Alters, der Sprache sowie des Nachweises eines konkreten Arbeitsplatzes und der Sicherung des Lebensunterhalts.
4980ff	Für Geduldete werden die Zugangsvoraussetzungen zu ausbildungs- und berufsvorbereitenden Leistungen mit dem rechtlichen Arbeitsmarktzugang harmonisiert. Jene, deren Ausreise nicht kurzfristig zu erwarten ist, sollen Angebote für Spracherwerb und Beschäftigung bekommen. (Anm. MIT: Gefahr von Pull-Faktoren)
4990ff	Für langjährig Geduldete (Jugendliche 4 Jahren, Erwachsene 8 Jahre) Verbesserungen und Vereinfachungen bei der Ausbildung und Arbeitsmarktintegration erarbeiten
4996ff	Für Geduldete mit Ausbildungsvertrag soll die 3+2-Regelung bundesweit einheitlich angewendet werden

- **IX. Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares**

Wohnen

Zeile	Verbesserungen/Chancen für den Mittelstand
5158ff	Sonderabschreibung von 5 %/Jahr über 4 Jahre für Wohnungsneubau im bezahlbaren Preissegment
5269ff	Optionales, vereinfachtes Mieterhöhungsverfahren bei kleinere Modernisierungen bis 10.000 €
5365ff	Bauordnungsrecht wird entbürokratisiert und vereinfacht; keine weiteren Verschärfungen der EnEV
5376ff	Förderung Gebäudeeffizienz: Förderung der energetischen Gebäudesanierung wird fortgeführt, CO2-Gebäudesanierungsprogramm wird fortgesetzt (auch für , Brennwertkessel), Einführung steuerliche Gebäudesanierung

- **XI. Verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen**

Zeile	Verbesserungen/Chancen für den Mittelstand
6481	EU-Recht setzen wir 1:1 um.